

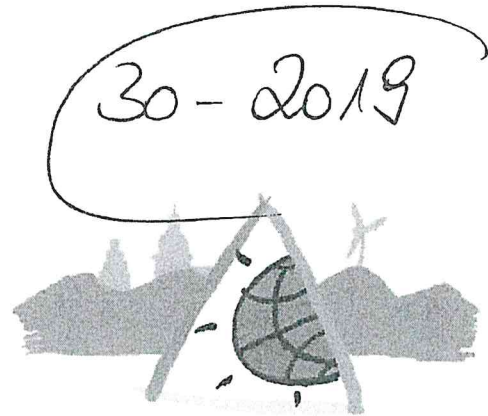
23. Mai 2019

Anl. _____

Abt. _____

Friedensinitiative

Nottuln



Marion Rosue-Beckers
Nikolaus-Groß-Str. 78
48301 Nottuln

Tel. 02502-3843

Mail: info@fi-nottuln.de

An den

Rat der Gemeinde Nottuln
z.Hd. Frau Bürgermeisterin Mahnke
Stiftsplatz 7/8
48301 Nottuln

Nottuln, den 10.5.2019

Bürgerantrag an den Rat der Gemeinde Nottuln

ICAN¹ ruft alle Städte dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen. Große Städte in Nordamerika, Europa und Australien – auch in Deutschland - haben den Appell schon unterzeichnet, der wie folgt lautet:

Der Rat möge beschließen:

“Die Gemeinde Nottuln ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern in einem Schreiben die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

¹ ICAN Deutschland e.V. ist der deutsche Zweig der International Campaign to Abolish Nuclear weapons (ICAN) und damit Mitglied eines globalen Bündnisses von über 450 Organisationen in 100 Ländern. Dieses internationale Bündnis wurde 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Begründung

Seit den 1990er Jahren ist Nottuln Mitglied in dem Solidaritätsbündnis mit Hiroshima und Nagasaki mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung aller Atomwaffen. Seit ein paar Jahren heißt dieses Bündnis „Mayor for Peace“. Seitdem haben sich alle Nottulner Bürgermeister in diesem Sinne engagiert – auch über die Grenzen der Gemeinde hinaus.

Die internationale Sicherheitslage spitzt sich zu – vor allem auch durch das Ende des INF-Vertrags. Ein neues Wettrüsten mit atomaren Waffen auch in Europa droht.

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung im Kauf und sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger und Bürgerinnen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Städte tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sie sich gegen Atomwaffen aussprechen.

Das Engagement von Städten ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebende Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Die Bundesregierung ignoriert diese Sicht bisher.

Ein neues Bündnis von Städten weltweit stärkt die Stimmen der Menschen überall und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäften zu unterlassen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist dem von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 noch nicht beigetreten. Das sollte sie schnellsten tun.

Mit freundlichem Gruß

Marion Rosue-Beckers

Vorsitzende der FI Nottuln